

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages
am Donnerstag, dem 28. Februar 1985
am Freitag, dem 1. März 1985

Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Amling (SPD)	10, 11	Dr. Klejdzinski (SPD)	70, 71
Bindig (SPD)	7, 8	Klose (SPD)	95
Frau Blunck (SPD)	80	Krey (CDU/CSU)	40, 41
Böhm (Melsungen) (CDU/CSU)	90, 91	Dr. Kübler (SPD)	74
Broll (CDU/CSU)	43, 50	Kuhlwein (SPD)	3, 4
Büchler (Hof) (SPD)	64, 65	Dr. Kunz (Weiden) (CDU/CSU)	86, 87
Carstensen (Nordstrand) (CDU/CSU)	16, 30	Dr. Lammert (CDU/CSU)	56
Frau Dr. Däubler-Gmelin (SPD)	59, 60	Dr. Laufs (CDU/CSU)	46, 51
Eigen (CDU/CSU)	83, 84	Nelle (CDU/CSU)	26, 27
Dr. Emmerlich (SPD)	96, 97	Dr. Olderog (CDU/CSU)	48, 49
Dr. Enders (SPD)	20, 21	Oostergetelo (SPD)	78, 79
Fellner (CDU/CSU)	52, 53	Peter (Kassel) (SPD)	72, 73
Fiebig (SPD)	5, 6	Pfuhl (SPD)	81, 82
Frau Dr. Hamm-Brücher (FDP)	33, 34	Frau Reetz (DIE GRÜNEN)	22, 23
Hansen (Hamburg) (SPD)	101, 102	Dr. Rose (CDU/CSU)	35, 36
Hedrich (CDU/CSU)	9	von Schmude (CDU/CSU)	31, 32
Dr. Hornhues (CDU/CSU)	24	Schreiber (CDU/CSU)	38, 39
Immer (Altenkirchen) (SPD)	76, 77	Schreiner (SPD)	1, 2
Jäger (Wangen) (CDU/CSU)	37, 61	Sielaff (SPD)	42, 92
Kalisch (CDU/CSU)	47, 54	Frau Dr. Skarpelis-Sperk (SPD)	68, 69
Kirschner (SPD)	93, 94	Dr. Soell (SPD)	25
Klein (Dieburg) (SPD)	14, 15	Dr. Sperling (SPD)	28, 29

Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Dr. Freiherr Spies von Büllenheim (CDU/CSU) . . .	62, 63	Weirich (CDU/CSU)	55
Frau Steinhauer (SPD)	17, 18	Dr. Weng (Gerlingen) (FDP)	12, 13
Stiegler (SPD)	66, 67	Frau Weyel (SPD)	75
Stockhausen (CDU/CSU)	44, 45	Wiefel (SPD)	98, 99
Stutzer (CDU/CSU)	19, 85	Würtz (SPD)	100
Frau Terborg (SPD)	88, 89	Frau Zutt (SPD)	57, 58

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie .	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	5
Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmelde- wesen	7
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	8
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	9
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	9
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	12
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	14
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	16
Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen .	17
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung .	18
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	19

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung
und Technologie**

1. Abgeordneter
Schreiner
(SPD)

Welches sind die Gründe dafür, daß von den ca. 2 Milliarden DM Unterstützungsleistungen des Bundesministeriums für Forschung und Technologie für Großforschungszentren keinerlei Mittel in das Saarland fließen und gleiches für die Fördermittel der vom Saarland mit ca. 6 Millionen DM mitfinanzierten Max-Planck-Gesellschaft gilt, deren Haushalt ca. eine Milliarde DM beträgt?
2. Abgeordneter
Schreiner
(SPD)

In welchem Umfang – auch im Vergleich mit anderen Großunternehmen – und mit welcher Zweckvorgabe erhält „Arbed-Saarstahl“ unterstützende Mittel durch das Bundesministerium für Forschung und Technologie, und welches sind die Hauptkriterien des Ministeriums bei der Vergabe beantragter Forschungsunterstützung mit dem Ziel der Weiterentwicklung industrieller Produktion?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend,
Familie und Gesundheit**

3. Abgeordneter
Kuhlwein
(SPD)

Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über Zusammenhänge zwischen phosphathaltiger Ernährung und Verhaltensstörungen insbesondere bei Kindern und Jugendlichen vor?
4. Abgeordneter
Kuhlwein
(SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, Untersuchungen anzuregen bzw. zu fördern, um die Thesen der „Phosphatliga“ – Arbeitskreis zur Förderung der Selbsthilfe phosphatempfindlicher Menschen – zu überprüfen, wonach es einen engen Zusammenhang zwischen phosphathaltiger Ernährung und bestimmten Verhaltensstörungen gibt?
5. Abgeordneter
Fiebig
(SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß der Präsident des Bundesgesundheitsamtes, Herr Professor Dr. Überla, seit 1976 ununterbrochen bis heute „aktives“ Mitglied der Arzneimittelkommission der deutschen Ärzteschaft ist und für diese Kommission gegen Honorar gutachtlich solche Präparate beurteilt, die bei dem Bundesgesundheitsamt zugelassen sind; wenn ja, sieht die Bundesregierung hierin keine Interessenkollision bzw. einen Verstoß gegen die Schweigepflicht eines Beamten?

6. Abgeordneter
Fiebig
(SPD)
- Trifft es zu, daß der Geschäftsführer der Firma Staticon in 8032 Gräfelfing, Herr Dr. med. Heinz Letzel, 1983 und 1984 je einen Betrag von 62 000 DM und 98 000 DM durch Entscheidung des Präsidenten des Bundesgesundheitsamtes erhalten hat, wenn ja, für welche Forschungsvorhaben?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

7. Abgeordneter
Bindig
(SPD)
- Kann die Bundesregierung angeben, wie viele Ultraleichtflugzeuge mit und ohne Kennzeichen in der Bundesrepublik Deutschland in Betrieb sind, und wie schätzt die Bundesregierung die weitere Bestandsentwicklung für Ultraleichtflugzeuge ein?
8. Abgeordneter
Bindig
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Ultraleichtflugzeuge als neue Quelle der Umweltverschmutzung durch Abgase und Lärm, insbesondere im Hinblick auf Störungen von Menschen und Tieren in den Erholungsgebieten und noch verbliebenen natürlichen Ruhezeiten, und ist die Bundesregierung der Auffassung, daß unser dichtbesiedeltes Land sich derartige Freizeitmoden auf Kosten ruhesuchender Bürger und der Natur überhaupt noch leisten kann?
9. Abgeordneter
Hedrich
(CDU/CSU)
- Zu welchem Ergebnis ist die Bundesregierung bei der Überprüfung des Entwurfs der Niedersächsischen Straßenbauverwaltung für die Ortsumgehung Uelzen im Zuge der B 4 gekommen, und hat sie einen bejahenden Sichtvermerk erteilt?
10. Abgeordneter
Amling
(SPD)
- Welche Konsequenzen ergeben sich nach Auffassung der Bundesregierung für ihren Verantwortungsbereich aus dem tragischen Unfall, der sich am 11. Februar 1985 auf der Autobahn Nürnberg—München ereignet hat?
11. Abgeordneter
Amling
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß allein aus Gründen der Verkehrssicherheit geboten ist, den Transport von leichtentzündlichen, hochexplosiven Stoffen so weit wie möglich auf die Schiene zu verlagern, und wenn ja, welche Maßnahmen hält die Bundesregierung für notwendig, um eine tatsächliche Verlagerung des Transports dieser Materialien von der Straße auf die Schiene sicherzustellen?
12. Abgeordneter
Dr. Weng
(Gerlingen)
(FDP)
- Ist die Bundesregierung bereit, unter Berücksichtigung der Unfallsituation des ablaufenden Winters und insbesondere der schweren Massenunfälle, das damalige Verbot von Spikesreifen erneut zu überdenken?

- | | |
|---|--|
| 13. Abgeordneter
Dr. Weng
(Gerlingen)
(FDP) | Sind der Bundesregierung neue Technologien beim Straßenbau und/oder der Anfertigung von Spikesreifen bekannt, die zu einer deutlichen Verringerung der Straßenschäden für den Fall führen würden, daß Spikesreifen erneut zugelassen werden? |
| 14. Abgeordneter
Klein
(Dieburg)
(SPD) | Wie bewertet die Bundesregierung die Bereitschaft des Landes Hessen, 95 v. H. statt 35 v. H. der Kosten für den Ausbau der S-Bahn-Strecken von Offenbach nach Ober-Roden und von Offenbach nach Dietzenbach zu übernehmen? |
| 15. Abgeordneter
Klein
(Dieburg)
(SPD) | Wird die Bundesregierung angesichts dieses großzügigen Angebots des Landes Hessen auf die Forderung verzichten, Hessen müsse auch das laufende Betriebsdefizit tragen, und wird der Bundesminister für Verkehr jetzt bereit sein, die seit Sommer 1984 vorliegenden S-Bahn-Verträge zu unterzeichnen? |
| 16. Abgeordneter
Carstensen
(Nordstrand)
(CDU/CSU) | Ist die Bundesregierung bereit, die Möglichkeit zu prüfen, unfallträchtige Straßen in der Nähe von Kraftwerken dadurch eisfrei zu halten, daß die Abwärme der Kraftwerke zur Erwärmung dieser Straßen benutzt wird, und wie wäre bei Einrechnung der Mehrkosten im Straßenbau der volkswirtschaftliche Nutzen zu bewerten, wenn es dadurch zu weniger glatteisbedingten Unfällen käme? |
| 17. Abgeordnete
Frau
Steinhauer
(SPD) | Wie beurteilt die Bundesregierung die bekanntgewordenen Pläne der Deutschen Bundesbahn, im Rahmen der Neuordnung der regionalen Leitungsebene die Betriebsämter aufzulösen und dafür Regionaldezernate einzurichten, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, Siegen als Standort eines Regionaldezernates festzulegen? |
| 18. Abgeordnete
Frau
Steinhauer
(SPD) | Teilt die Bundesregierung die Befürchtung, daß die Deutsche Bundesbahn (DB) den Erfordernissen des Zentrums Siegen und seiner Nachbargebiete als politisch und wirtschaftlich weitgehend selbständiger Einheit organisatorisch nicht gerecht wird, falls die DB das für die Region zuständige Regionaldezernat nicht in Siegen, sondern in einer anderen Region einrichtet? |
| 19. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU) | An welchen schleswig-holsteinischen Bahnübergängen werden in den nächsten Jahren derzeit noch manuell bediente Schranken durch automatische Schranken ersetzt, und welche weiteren Investitionen wird die Deutsche Bundesbahn in diesem Bundesland mit dem Ziel vornehmen, die Sicherheit für den Schienen- und Straßenverkehr zu erhöhen? |

20. Abgeordneter
Dr. Enders
(SPD)
- Sind der Bundesregierung die Erdrückungen beim Bau der Tunnel für die Schnellbahnstrecke Kassel—Würzburg der Deutschen Bundesbahn bekannt, und führt sie die Unglücksfälle auf geologische oder auf arbeitstechnische Ursachen zurück?
21. Abgeordneter
Dr. Enders
(SPD)
- Welche Sicherheitsmaßnahmen hält die Bundesregierung für notwendig, um weitere gefährliche Situationen für die Tunnelbauer zu verhindern?
22. Abgeordnete
Frau Reetz
(DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung den Vertrag der Deutschen Bundesbahn mit dem Land Baden-Württemberg, der Investitionen von 3,5 Millionen DM für die Modernisierung und Rationalisierung der Schwarzwaldquerbahn Hausach—Freudenstadt—Hochdorf vorsieht, die vom Land und den Kreisen Ortenau, Freudenstadt und Rottweil getragen werden sollen und die vom Landrat des Ortenaukreises auf die Frage, ob da nicht ein Präzedenzfall geschaffen werde, damit begründet wurden, die Strecke müsse schon allein aus militärischen Gründen in Betrieb bleiben?

Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

23. Abgeordnete
Frau Reetz
(DIE GRÜNEN)
- Wie ist die Beteiligung der Bundesregierung an dem „Büro für Publizistik-Verlag“, Weinbergweg 1, 6951 Neckarzimmern, das viermal jährlich die Zeitschrift „Südwestdeutsche Illustrierte, das Magazin für die Bundesrepublik Deutschland“ herausgibt, und trifft es zu, daß die Deutsche Bundespost 10 000 Exemplare des letzten Heftes (Einzelpreis 2,20 DM) gekauft hat, um sie auf Grund des Titels „Post verbindet“ zur Öffentlichkeitsarbeit einzusetzen?
24. Abgeordneter
Dr. Hornhues
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, wie die von einem renomierten Briefmarkenauktionator u. a. in der Deutschen Briefmarkenzeitschrift angebotenen sogenannten „Ministervorlagen“ in den Handel kamen, und wie beurteilt sie den Vorgang?
25. Abgeordneter
Dr. Soell
(SPD)
- Ist die Deutsche Bundespost bereit, bei ihrem „Service 130“ für gemeinnützige Unternehmen, wie z. B. für den in Heidelberg geplanten Krebsinformationsdienst (KID), die Grundgebühr von 1 000 DM zu erlassen bzw. zu reduzieren, statt der bisher verlangten doppelten Gesprächsgebühr nur die normalen Telefongebühren zu verlangen?

26. Abgeordneter
Nelle
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß in Teilen der Bundesrepublik Deutschland Wirtschaftsunternehmen in erheblichem Umfang bemängeln, daß aus manchen Gebieten die jeweilige Bildschirmtextzentrale nicht zu Fernsprechnahstarifen angewählt werden kann, da hierin eine regionale Wettbewerbsverzerrung gesehen wird, die möglicherweise zu einem Gefälle von den Verdichtungsräumen zu den ländlichen Räumen führen kann, und in welchen Bereichen der Bundesrepublik Deutschland ist es derzeit noch nicht möglich, die jeweilige Bildschirmtextzentrale zum Fernsprechnahstarif anzurufen?
27. Abgeordneter
Nelle
(CDU/CSU)
- Bis wann ist der Anschluß dieser Regionen an den Nahtarif vorgesehen, und welche Gründe gibt es für die in der Öffentlichkeit diskutierten Verzögerungen beim Anschluß?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung,
Bauwesen und Städtebau**

28. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung von Staatsminister Vogel, daß im Rahmen der Verringerung von Zuständigkeiten des Bundes die Städtebauförderung an die Länder abgegeben werden sollte?
29. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD)
- Welche Auswirkungen ergeben sich daraus gegebenenfalls für das geplante Baugesetzbuch, auch unter dem Aspekt, daß die Bundesregierung das Ziel verfolgt, ihre Gesetzgebungskompetenz „weniger als bisher auszuschöpfen“?
30. Abgeordneter
Carstensen
(Nordstrand)
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung Erkenntnisse darüber, wieviel Geld bei den Bausparkassen angespart ist und somit für Investitionen im Baubereich zur Verfügung stehen könnte, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung dafür zu sorgen, daß diese angesparten Summen auch möglichst bald im Baubereich investiert werden können?
31. Abgeordneter
von Schmude
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, ob und in welchem Umfang die Kommunen bisher entsprechende Bebauungspläne seit Verabschiedung des Bundeskleingartengesetzes aufgestellt haben, die Dauerkleingärten ausweisen, damit diese den Schutzbestimmungen des Bundeskleingartengesetzes unterliegen?
32. Abgeordneter
von Schmude
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, die Interimsfrist über den 31. März 1987 hinaus zu verlängern, um zu verhindern, daß bei sich verzögernden Bebauungsplänen Kleingärtner von den Verpächtern entschädigungslos gekündigt werden können?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

33. Abgeordnete
**Frau
Dr. Hamm-Brücher**
(FDP)
- Ist es zutreffend, daß Herr Staatsminister Dr. Mertes die Anregung von Herrn Kurt Ziesel aufgegriffen hat, das „Deutschland-Magazin“ für alle 135 Goethe-Institute im Ausland über INTER NATIONES zu abonnieren, und wenn ja, mit welchem Ergebnis?
34. Abgeordnete
**Frau
Dr. Hamm-Brücher**
(FDP)
- Ist dem Auswärtigen Amt der Leitartikel des Herrn Kurt Ziesel im Dezember, Heft 84 des Deutschland-Magazins unter der Überschrift „Wende à la Genscher“ bekannt, und wie beurteilt es dessen Inhalt im Hinblick auf den Antrag von Herrn Kurt Ziesel, dieses Magazin für alle Goethe-Institute zu abonnieren?
35. Abgeordneter
Dr. Rose
(CDU/CSU)
- Welche personalpolitischen Entscheidungen für das Goethe-Institut hat die Bundesregierung in jüngster Zeit zu beeinflussen versucht, bzw. auf welche will sie noch einwirken?
36. Abgeordneter
Dr. Rose
(CDU/CSU)
- Schließt sich die Bundesregierung in diesem Zusammenhang dem Urteil eines Kommentars der Süddeutschen Zeitung vom 24. Januar 1985 an, daß „das internationale Renommee“ des Goethe-Instituts beeinträchtigt werde, falls bei den demnächst anstehenden personalpolitischen Entscheidungen nicht bloß nach den Wünschen des Instituts, sondern auch nach anderen Vorstellungen entschieden wird?
37. Abgeordneter
**Jäger
Dr. (Wangen)**
(CDU/CSU)
- Wann und in welcher Weise wird die Bundesregierung das Verhalten der äthiopischen Regierung, die der Bekämpfung der eritreischen Unabhängigkeitsbewegung Vorrang vor der Versorgung der vom Hungertod bedrohten Bevölkerung mit Lebensmitteln einräumt, vor dem Weltforum der Vereinten Nationen zur Sprache bringen und auf eine Verurteilung dieser äthiopischen Regierungspraktiken hinwirken?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

38. Abgeordneter
Schreiber
(CDU/CSU)
- Sind der Bundesregierung die Werte der Immissionen, insbesondere der Schadstoffausstoß pro Tag und die daraus resultierende Gesamtbelastung der Luft in dem an Deutschland angrenzenden französischen Industriebereich Carlingen, Creutzwald, Marienau bekannt, und welche Folgerungen zieht sie daraus in Anbetracht der Tatsache, daß sich diese Immissionen auch in der Bundesrepublik Deutschland schädlich auswirken?

39. Abgeordneter
Schreiber
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung davon Kenntnis, ob Filteranlagen in den immittierenden Werken in Carlingen, Creutzwald, Marienau vorhanden, im Bau befindlich oder geplant sind, und was wird die Bundesregierung gegebenenfalls gemeinsam mit der Regierung Frankreichs in dieser Angelegenheit unternehmen, um Immissionschäden im grenznahen deutschen Raum zu verhindern oder zu vermindern?
40. Abgeordneter
Krey
(CDU/CSU)
- Wie wird die Bundesregierung auf das Erscheinen des Magazins „Geheim“ reagieren, dessen Null-Nummer in diesen Tagen vertrieben wird, und das sich zur Aufgabe machen will, möglichst viele Mitarbeiter der Verfassungsschutzbehörden und des Bundesnachrichtendienstes öffentlich bloßzustellen sowie die Zusammenarbeit der deutschen Sicherheitsbehörden mit befreundeten Sicherheitsbehörden zu hintertreiben, und zieht die Bundesregierung in diesem Zusammenhang die Einführung einer Strafvorschrift gegen das öffentliche Enttarnen geheimer Mitarbeiter der Sicherheitsbehörden nach dem Vorbild der USA in Erwägung?
41. Abgeordneter
Krey
(CDU/CSU)
- Legen Inhalt, Autoren und Herausgeber des neuen Magazins „Geheim“ die Befürchtung nahe, daß dieses Presseerzeugnis nur der Behinderung unserer Sicherheitsbehörden dienen und die Desinformationskampagnen östlicher Nachrichtendienste fördern soll?
42. Abgeordneter
Sielaff
(SPD)
- Wie viele finanzielle Mittel hat die Bundesrepublik Deutschland bisher insgesamt für die Integration der Vertriebenen, Um- und Aussiedler aufgebracht?
43. Abgeordneter
Broll
(CDU/CSU)
- Liegen der Bundesregierung über den am 15. und 16. Dezember 1984 von der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ), der Jugendorganisation der DKP, in Bottrop abgehaltenen 8. Bundeskongreß und über die extremistische Ausrichtung dieser Jugendorganisation Erkenntnisse vor?
44. Abgeordneter
Stockhausen
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß bei der Europameisterschaft im Fußball im Jahr 1988 die Stadt Berlin nach den bisherigen Verlautbarungen aus politischen Erwägungen als Austragungsort nicht berücksichtigt werden soll, und ist die Bundesregierung bereit, sich dafür einzusetzen, daß Berlin als Austragungsort miteinbezogen wird?
45. Abgeordneter
Stockhausen
(CDU/CSU)
- Wird aus Mitteln des Bundes die Austragung der Endrunde der Fußball Europameisterschaft 1988 in der Bundesrepublik Deutschland bezuschußt, und würde die Bundesregierung aus der Nicht-

berücksichtigung von Berlin gegebenenfalls bei der finanziellen Unterstützung Konsequenzen ziehen?

46. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung eine Übersicht über den Wortlaut der Parolen und Transparente geben, welche bei der RAF-Sympathiekundgebung in Karlsruhe am 26. Januar 1985 mitgeführt wurden, und hält die Bundesregierung vor dem Hintergrund dieser und ähnlicher Demonstrationen die Forderung der Konferenz der Datenschutzbeauftragten vom 24. Januar 1985 für gerechtfertigt, bei polizeilichen Befugnissen zur Informationserhebung in Versammlungen „sei stärker als in der bisherigen Praxis“ dem Grundrecht der Versammlungsfreiheit Rechnung zu tragen?

47. Abgeordneter
Kalisch
(CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung eine Aufstellung der Sprengstoffanschläge auf Personen und Sachen und die dadurch verursachten Schäden vorlegen, die von der RAF und ihrem Sympathisantenkreis während des Hungerstreiks der RAF-Terroristen im Dezember 1984 und im Januar 1985 begangen wurden?

48. Abgeordneter
Dr. Olderog
(CDU/CSU)

Besitzt die Bundesregierung Anhaltspunkte dafür, daß die RAF von radikalen Kreisen der Palästinensischen Befreiungsfront und von Libyen unterstützt wird, worauf das kürzliche Treffen eines hohen palästinensischen Funktionärs mit RAF-Anhängern in der DDR bzw. Berlin (Ost) sowie die Äußerungen einer führenden libyschen Tageszeitung vom 25. Februar 1985 hindeuten?

49. Abgeordneter
Dr. Olderog
(CDU/CSU)

Kann eine Unterstützung der Bombenanschläge des europäischen Terrorismus auf NATO-Einrichtungen, wie wir sie in jüngerer Zeit erlebt haben, durch östliche Geheimdienste ausgeschlossen werden, nachdem die vier Sprengstoffanschläge auf NATO-Pipelines in Belgien Ende 1984 auf eine präzise Kenntnis dieses Leitungsnetzes schließen lassen?

50. Abgeordneter
Broll
(CDU/CSU)

Wie läßt sich nach den Erkenntnissen der Bundesregierung der Personenkreis beschreiben, aus dem die RAF-Sympathisanten bzw. die Angehörigen des sogenannten harten Kerns der RAF-Terroristen stammen, und ist es für die Zusammensetzung des RAF-Sympathisantenkreises kennzeichnend, wenn eine Solidaritätsanzeige für die hungerstreikenden Terroristen in der TAZ vom 4. Februar 1985 von spanischen und italienischen kommunistischen Gruppierungen, der „Grünen Alternative Zürich“ und des schweizerischen Mittelamerika-Komitees unterzeichnet wurde?

51. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU)

Gibt es im Verantwortungsbereich der Bundesregierung Erkenntnisse darüber, ob es zutrifft, daß die am 20. Januar 1985 bei der Durchführung eines Sprengstoffanschlags in Stuttgart ums Leben gekommene 24jährige Terroristin Wannersdorfer am 25. Juni 1983 als Beteiligte an den gewalttätigen Störungen gegen den Besuch des US-Vizepräsidenten Bush in Krefeld in Erscheinung getreten war, und welche z. Z. mit Haftbefehl gesuchten Terroristen haben sich in der Vergangenheit an Hausbesetzungen, Krawallen gegen öffentliche Einrichtungen, Kernkraftwerke und dergleichen oder an gewaltsamen Demonstrationsexessen beteiligt?

52. Abgeordneter
Fellner
(CDU/CSU)

Sind im Verantwortungsbereich der Bundesregierung – etwa durch Beobachtungen des Verfassungsschutzes – Erkenntnisse darüber gewonnen worden, ob und gegebenenfalls welche Gruppierungen der GRÜNEN in Parlamenten und Kommunalvertretungen neben den Fraktionen DIE GRÜNEN im Baden-Württembergischen Landtag und Kölner Stadtrat sich öffentlich für die Erfüllung der Forderung der hungerstreikenden RAF-Terroristen eingesetzt, und welche Studentenorganisationen oder ASTEN sich neben dem ASTA der bremischen Universität öffentlich für die Erfüllung der Forderungen der hungerstreikenden RAF-Terroristen eingesetzt und ihre Sympathie für die Ziele der RAF-Terroristen erklärt haben, und welche Reaktionen der betroffenen Universitäten sind der Bundesregierung bekanntgeworden?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

53. Abgeordneter
Fellner
(CDU/CSU)

Warum konnten die Wahlverteidiger der Rädelführer des Hungerstreiks der RAF-Terroristen während dieses Hungerstreiks in Pressekonferenzen ungehindert die Ziele der Terroristen propagieren, diese weiterhin in der Haft besuchen und sogar öffentlich von diesen verfaßte Erklärungen zum Hungerstreik und dessen etwaigen Eskalation in einen Durststreik verlesen, obwohl seit der Entdeckung des Strategiepapiers der RAF in der Frankfurter konspirativen Wohnung im Sommer 1984 sowie den Prozeßklärungen der Häftlinge zu Beginn ihres Hungerstreiks feststand, daß der Hungerstreik von langer Hand geplant und als Signal zur „Offensive“ organisiert war, um eine neue Attentatsserie auszulösen?

54. Abgeordneter
Kalisch
(CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung eine zusammenfassende Darstellung der Haftbedingungen geben, die für die hungerstreikenden RAF-Terroristen vor und während ihres Hungerstreiks galten und die u. a. darüber Aufschluß gibt, wie viele Anwalts- und Angehörigenbesuche und welche Informationsmöglichkeit aus Presse und Rundfunk

diese Personengruppe hatte, und in welchem Verhältnis dies zu den Außenkontakten „normaler“ Häftlinge steht?

55. Abgeordneter
Weirich
(CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Wirtschaftswerbung in der Bundesrepublik Deutschland durch die in Artikel 5 des Grundgesetzes garantierte Meinungs- und Informationsfreiheit geschützt ist, und ist die Bundesregierung bereit, ihre vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte vertretene Auffassung, daß Wirtschaftswerbung nicht die in Artikel 10 der Europäischen Menschenrechtskonvention garantierte Meinungsfreiheit genießt, zu korrigieren?

56. Abgeordneter
Dr. Lammert
(CDU/CSU)

Liegt der Bundesregierung inzwischen eine Stellungnahme der türkischen Regierung im Fall des türkischen Staatsbürgers Sami Memic vor, der im August 1983 wegen des Vorwurfs krimineller Straftaten von der Bundesregierung an die Türkei ausgeliefert worden war und der nun von den türkischen Behörden wegen ganz anderer, nämlich politischer Straftaten vor Gericht steht, und welche Konsequenzen will die Bundesregierung angesichts dieses schweren Verstoßes gegen die Bestimmungen des europäischen Auslieferungsübereinkommens in bezug auf weitere Auslieferungsersuche von seiten der türkischen Behörden ziehen?

57. Abgeordnete
Frau Zutt
(SPD)

Was hat die Bundesregierung nach dem Mengele-Tribunal in Jerusalem unternommen, um den „Todesengel von Auschwitz“, Josef Mengele, zu verhaften und den Gerichten zu überstellen?

58. Abgeordnete
Frau Zutt
(SPD)

Hat die Bundesregierung die Zusage der amerikanischen Regierung, sich an der Suche nach Mengele zu beteiligen, aufgegriffen und eine internationale Fahndung wie bei Terroristen eingeleitet?

59. Abgeordnete
Frau Dr. Däubler-Gmelin
(SPD)

Wie kann künftigen Eheleuten nach Auffassung der Bundesregierung das rechte Verständnis des Gleichberechtigungsgrundsatzes des Artikels 3 des Grundgesetzes mit in die Ehe gegeben werden, wenn im Zuge der staatlichen Eheschließung in das Güterrechtsregister neben der Berufsbezeichnung des Ehemannes diejenige der Ehefrau allenfalls auf besonderen Antrag eingetragen wird?

60. Abgeordnete
Frau Dr. Däubler-Gmelin
(SPD)

Ist die Bundesregierung zu einer vorgezogenen Korrektur bereit, oder hat sie eine solche Korrektur bereits in einem Entwurf zur Neuordnung des gesamten Registerrechts eingearbeitet?

61. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU)
- Hält es die Bundesregierung für angemessen und tragbar, daß sich der für die Wahrung des Rechts zuständige Bundesjustizminister zu Fragen des rechtlichen Schutzes des ungeborenen Lebens in einer einseitigen Weise öffentlich äußert, die nicht die Auffassung der ganzen Regierung widerspiegelt, und wird der Bundeskanzler dafür sorgen, daß der Bundesjustizminister sich künftig die für sein Amt gebotene Zurückhaltung auferlegt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

62. Abgeordneter
Dr. Freiherr
Spies
von Büllesheim
(CDU/CSU)
- Ist es auf die Dauer aufrechtzuerhalten, daß niederländische Baufirmen sich an Ausschreibungen auch öffentlicher Aufträge in der Bundesrepublik Deutschland ohne jede Beschränkung beteiligen können und als Niedrigstbietende auch anstandslos die Aufträge erhalten, wenn gleichzeitig unter sonst gleichen Voraussetzungen die Beteiligung deutscher Baufirmen an Ausschreibungen öffentlicher Aufträge in den Niederlanden auf Grund besonderer Weisung der niederländischen Regierung nicht zugelassen wird?
63. Abgeordneter
Dr. Freiherr
Spies
von Büllesheim
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung, bezogen auf die Jahre 1982, 1983 und 1984, angeben, wie hoch das Auftragsvolumen, das in der Bundesrepublik Deutschland an niederländische Baufirmen vergeben wurde, war, und wie hoch war das Auftragsvolumen, das in den Niederlanden an deutsche Baufirmen vergeben wurde?
64. Abgeordneter
Büchler
(Hof)
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß der hauptsächliche „Konkurrenzvorteil“ der Hauptlieferländer von Textilien in den Niedriglöhnen und Sozialkosten liegt, und wird sie dafür eintreten, daß nach den Normen der internationalen Arbeitsorganisation in Genf in ein neues Welttextilabkommen soziale Mindestbedingungen eingebaut werden müssen, um ein „Sozialdumping“ zu verhindern?
65. Abgeordneter
Büchler
(Hof)
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß es vorrangiges Ziel einer Industrialisierung der „Textilexport-Entwicklungsländer“ sein muß, in diesen Ländern selbst aufnahmefähige Verbrauchermärkte zu schaffen, um einen größeren Teil der dort produzierten Güter in diesen Ländern selbst absetzen zu können und den Zwang zu verringern, die dort produzierten Waren mit Sozialdumping in die Märkte der Industrieländer exportieren zu müssen?

66. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß auch nach Ablauf des jetzigen Welt-Textil-Abkommens Mitte 1986 der internationale Textil- und Bekleidungshandel eine besondere Ordnung und Regulierung braucht, und wird sie bei den Verhandlungen über eine Verlängerung des geltenden Welt-Textil-Abkommens dafür eintreten, daß es weiterhin bei einer Bindung der Einfuhrzuwächse an die zu erwartende Entwicklung des Textilverbrauchs in der Europäischen Gemeinschaft bleiben muß?
67. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß bei der Festlegung der durchschnittlichen Steigerungsrate der Einfuhrzuwächse die industriell bereits entwickelten Länder niedrigere Zuwachsraten erhalten müssen als die tatsächlichen Entwicklungsländer, und wird sie insbesondere dafür eintreten, daß die vier Hauptlieferländer Hongkong, Südkorea, Taiwan und Macao entsprechend geringere Zuwachsraten erhalten?
68. Abgeordnete
Frau Dr. Skarpelis-Sperk
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Überwachung der Anwendung und Einhaltung des Welt-Textil-Abkommens noch nicht durchgängig sichergestellt ist, und wird sie deshalb für ein besseres Kontroll- und Überwachungssystem eintreten?
69. Abgeordnete
Frau Dr. Skarpelis-Sperk
(SPD)
- Trifft es zu, daß sich neben Japan und den USA auch einige Schwellenländer gegenüber Textil- und Bekleidungseinfuhren abschotten, und welche Maßnahmen hat die Bundesregierung unternommen bzw. gedenkt sie zu unternehmen, damit diese Länder ihrerseits ihre eigenen Märkte gegenüber unseren Textilausfuhren öffnen?
70. Abgeordneter
Dr. Klejdzinski
(SPD)
- In welcher Weise gedenkt die Bundesregierung bei einer Verlängerung des Welt-Textil-Abkommens die Einfuhrzuwächse an die zu erwartende Entwicklung des Textilverbrauchs in der europäischen Gemeinschaft zu binden, in Anbetracht der Tatsache, daß das Welt-Textil-Abkommen 1986 ausläuft?
71. Abgeordneter
Dr. Klejdzinski
(SPD)
- Was gedenkt die Bundesregierung zu veranlassen, um die Forderung u. a. der Gewerkschaft Textilbekleidung nach Einbau von sozialen Mindestbedingungen nach den Normen der internationalen Arbeitsorganisation in Genf zur Vermeidung eines Sozialdumpings durch die Textilien produzierenden Entwicklungsländer zu unterstützen?
72. Abgeordneter
Peter (Kassel)
(SPD)
- Welche Gründe haben die Bundesregierung veranlaßt, die Zuschußfähigkeit der Rauchgasreinigung der Müllverbrennungsanlage Kassel aus Mitteln des „Gemeinschaftsprogramms Kohle/Heizkraftwerk-Fernwärmeausbau“ abzulehnen?

- | | |
|--|---|
| 73. Abgeordneter
Peter
(Kassel)
(SPD) | Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, ihre ablehnende Stellungnahme zu revidieren und das Projekt doch noch zu fördern? |
| 74. Abgeordneter
Dr. Kübler
(SPD) | Wie hat sich das Jahr 1984 in der chemischen Industrie, das die höchsten Gewinne aller Zeiten für die chemische Industrie ausgewiesen hat, auf die Arbeitsplatzentwicklung ausgewirkt, und welche Relation zwischen Wachstumsrate, Gewinnerhöhung und neuen Arbeitsplätzen in der Chemie hat sich entwickelt? |

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten**

- | | |
|--|---|
| 75. Abgeordnete
Frau
Weyel
(SPD) | Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, bei der Brüsseler Preistrunde ein weiteres Absinken der landwirtschaftlichen Einkommen wie in den letzten beiden Jahren besonders für Klein- und Mittelbetriebe zu verhindern, und denkt sie in diesem Zusammenhang an gestaffelte Erzeugerpreise? |
| 76. Abgeordneter
Immer
(Altenkirchen)
(SPD) | Wie gedenkt die Bundesregierung sicherzustellen, daß nicht von den deutschen Landwirten auch dann sogenannte Superabgaben wegen Überlieferung der Referenzmenge an die EG gezahlt werden müssen, wenn auf das vollständige Wirtschaftsjahr gesehen bezüglich der zugewiesenen deutschen Gesamtquote keine Überlieferung erfolgt? |
| 77. Abgeordneter
Immer
(Altenkirchen)
(SPD) | Wie wertet die Bundesregierung aus heutiger Sicht die Einführung sogenannter Hofquoten in der nationalen Ausgestaltung der sogenannten Garantiemengenregelung, und gibt es in diesem Zusammenhang Überlegungen oder Planungen zu einer sogenannten Regionalisierung der Quoten? |
| 78. Abgeordneter
Oostergetelo
(SPD) | Welche Pläne hat die Bundesregierung bezüglich der von den milchproduzierenden Bauern wegen Überlieferung der Referenzmenge gezahlten sogenannten Superabgabe, und hat die Bundesregierung in diesem Zusammenhang Kenntnis davon, in welchem Umfang in den EG-Partnerländern die Superabgabe von betroffenen Landwirten abgeführt worden ist? |
| 79. Abgeordneter
Oostergetelo
(SPD) | Welche Gründe haben die Bundesregierung bewogen, trotz frühzeitiger Aufforderung von vielen Seiten, die Abführung der Superabgabe erst zu einem so späten Zeitpunkt auf das Ende des Milchwirtschaftsjahres zu verschieben, und gibt es in diesem Zusammenhang Überlegungen, wenigstens auf die bereits gezahlten Superabgaben anfallende Zinsen den betroffenen Landwirten zurückzuzahlen? |

80. Abgeordnete
Frau Blunck
(SPD)
- Wird die Bundesregierung auch dann an der Quotenregelung festhalten, wenn in den EG-Partnerländern deren Durchführung nicht vollständig, insbesondere auf die Abführung der Superabgabe gesehen, erfolgt, und wie bewertet die Bundesregierung in diesem Zusammenhang das bisherige Verhalten der Regierungen in den anderen EG-Staaten?
81. Abgeordneter
Pfuhl
(SPD)
- Inwiefern trägt die Bundesregierung dem Sachverhalt Rechnung, daß durch Widersprüche von Bauern eine abschließende rechtsverbindliche Festlegung von Referenzmengen in vielen Fällen bisher nicht vorliegt, und wie will sie in diesem Zusammenhang sicherstellen, daß Betriebe nicht durch finanziell untragbare Superabgabezahlungen haben aufgeben müssen, wenn sie im nachhinein im Sinne ihres Widerspruchs obsiegen?
82. Abgeordneter
Pfuhl
(SPD)
- Zieht die Bundesregierung in Betracht, im Wege der Gesetzgebung verschärfende Maßnahmen in der Hundehaltung zu treffen, nachdem sich in jüngerer Zeit – Pressemeldungen zufolge – mehrere tödlich verlaufende Angriffe von Hunden auf Menschen gehäuft haben?
83. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, welches Getreide und Magermilchpulver für die Hungernen Afrikas mit den Mitteln der Spendenaktion „Ein Tag für Afrika“ aus EG-Ländern oder anderen Teilen der Welt gekauft wurden oder werden?
84. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU)
- Sind die Zuschüsse, die der französische Staat den Rindfleischherzeugern und den Zuchtverbänden gewährt, nach Meinung der Bundesregierung EG-konform, oder welche Wettbewerbsverzerrungen können sich für die deutschen Rindfleischherzeuger daraus ergeben?
85. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU)
- Stellt die Verwendung von lebenden Köderfischen beim Angeln nach Auffassung der Bundesregierung einen Verstoß gegen das Tierschutzgesetz dar, wenn nein, was ist bei der Verwendung von lebenden Köderfischen zu beachten?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

86. Abgeordneter
Dr. Kunz (Weiden)
(CDU/CSU)
- Befürchtet die Bundesregierung eine Änderung der Praxis der DDR-Regierung bei der Gewährung von Übersiedlungsgenehmigungen im Vergleich zu der Praxis in den Jahren seit 1982?

- | | |
|---|---|
| 87. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU) | Hat die Bundesregierung Kenntnis davon, daß seit kurzem Deutsche, die in der DDR einen „Ausreiseantrag“ gestellt haben, sich in verstärktem Maße vor dem Betriebskollektiv rechtfertigen müssen? |
| 88. Abgeordnete
Frau
Terborg
(SPD) | Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung hinsichtlich des deutsch-deutschen Jugendaustausches aus den Gesprächen des ersten Sekretärs der FDJ, Eberhard Aurich, mit Vertretern westdeutscher Jugendverbände im Dezember 1984 vor, und welche Schlüsse zieht die Bundesregierung daraus? |
| 89. Abgeordnete
Frau
Terborg
(SPD) | Was plant die Bundesregierung für 1985, um den beiderseitigen deutsch-deutschen Jugendaustausch wieder zu beleben, nachdem ihre bisherigen Bemühungen, wie sie in der Beantwortung früherer Anfragen dargelegt wurden, offenbar nicht den gewünschten Erfolg hatten? |
| 90. Abgeordneter
Böhm
(Melsungen)
(CDU/CSU) | Wie beurteilt die Bundesregierung rechtlich und politisch die Verurteilung des Arolser Bürgermeisters Ernst Hubert von Michaelis in Ost-Berlin wegen Mitwirkung bei dem sogenannten „staatsfeindlichen Menschenhandel“? |
| 91. Abgeordneter
Böhm
(Melsungen)
(CDU/CSU) | Wie sieht die Bundesregierung die Verurteilung von Michaelis vor dem Hintergrund der Tatsache, daß die Menschenrechtserklärung der Vereinten Nationen, denen die DDR als Mitglied angehört, feststellt, jeder Mensch habe das Recht jedes Land, einschließlich seines eigenen, zu verlassen und damit die Freizügigkeit als Menschenrecht deklariert? |
| 92. Abgeordneter
Sielaff
(SPD) | Wie viele Bundesmittel wurden im Haushaltsjahr 1984 insgesamt für Zeitungen und andere Publikationen der Vertriebenenverbände ausgezahlt, und um welche Zeitungen und Publikationen handelte es sich im einzelnen? |

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

- | | |
|---|--|
| 93. Abgeordneter
Kirschner
(SPD) | Kann die Bundesregierung bestätigen, daß der Beschäftigungseinbruch im Januar 1985 nicht allein witterungsbedingt war, sondern daß es einen nicht minder dramatischen Einbruch bei den witterungsunabhängigen Büro- und Sozialberufen gegeben hat? |
|---|--|

94. Abgeordneter
Kirschner
(SPD)
- Aus welchen Gründen ist nach Auffassung der Bundesregierung die saisonbereinigte Arbeitslosenzahl im Januar 1985 gestiegen, und mit welcher Entwicklung der Arbeitslosenzahl rechnet die Bundesregierung für den Monat Februar 1985?
95. Abgeordneter
Klose
(SPD)
- Ist es zutreffend, daß die Richtlinien zur Besetzung von ABM-Stellen im Regelfall Sozialhilfeempfänger, darunter z. B. arbeitslose Jugendliche mit qualifiziertem Schul- oder Berufsschulabschluß oder ältere Arbeitnehmer, die längerfristig ohne Arbeit sind, ausschließen?
96. Abgeordneter
Dr. Emmerlich
(SPD)
- Kann die Bundesregierung im Rahmen ihres Verantwortungsbereichs feststellen und mitteilen, inwieweit die Versorgungsbezüge der Witwe Freislers (einschließlich Sozialversicherungsrenten) direkt oder indirekt auf einer Anerkennung der Tätigkeit Freislers als Beamter des NS-Staates und als Präsident des Volksgerichtshofs durch Behörden der Bundesrepublik Deutschland beruhen?
97. Abgeordneter
Dr. Emmerlich
(SPD)
- Ist es der Bundesregierung im Rahmen ihres Verantwortungsbereichs möglich, zu prüfen und mitzuteilen, ob ehemalige Mitglieder des Volksgerichtshofs oder deren Hinterbliebene Versorgungsbezüge oder Sozialversicherungsrenten erhalten oder erhielten, bei deren Berechnung auch die Dienstzeit beim Volksgerichtshof zugrunde gelegt worden ist, und welche Behörden waren oder sind gegebenenfalls für die Entscheidung über die Ruhegehaltsfähigkeit bzw. Nachversicherung verantwortlich?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

98. Abgeordneter
Wiefel
(SPD)
- Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, aus welchen Gründen das Arbeitsgericht München die Kündigung des wegen Spionageverdachts verhafteten Angestellten des Münchener Rüstungskonzerns Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB), Manfred Rotsch, aufgehoben hat?
99. Abgeordneter
Wiefel
(SPD)
- Sind etwa die Verdachtsmomente so gering, daß mit einer Wiedereinstellung des Betroffenen zu rechnen ist?
100. Abgeordneter
Würtz
(SPD)
- Trifft es zu, daß es in einem Erlaß des Bundesministers der Verteidigung vom 31. Januar 1984 eindeutig heißt, daß den Soldaten beim Stab STANAVFORLANT Auslandsdienstbezüge zustehen, und wenn ja, daß dieser für die Rechtsfindung so wichtige Erlaß in den dem Verwaltungsgericht Köln, vor dem Soldaten um Zahlung der Auslandsdienstbezüge klagen, vorgelegten Akten fehlt?

101. Abgeordneter
Hansen
(Hamburg)
(SPD)

Trifft es zu, daß mit der Inkraftsetzung der arbeitsmedizinischen Bestimmungen über die Atemschutztauglichkeit am 1. April 1985 für eine größere Zahl von Beschäftigten im Brandschutz der Bundeswehr zu erwarten ist, daß sie nach langjähriger Dienstzeit mit Entlassungen oder erheblichen Einkommenseinbußen sowie einer geringeren Rentenerwartung zu rechnen haben, weil sie die gesundheitlichen Voraussetzungen nicht mehr erfüllen?

102. Abgeordneter
Hansen
(Hamburg)
(SPD)

Welche Regelungen zu einer außerbetrieblichen Besitzstandswahrung für die Betroffenen hat der Bundesminister der Verteidigung inzwischen in den Verhandlungen mit dem Bundesminister des Innern erreicht, um die gravierenden Nachteile zu mildern?

Bonn, den 22. Februar 1985